Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft

Dokumentation

Auftakt-Workshop „Zukunft der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“

08. November 2013, IHK Potsdam

Auftraggeber:
Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
LAND BRANDENBURG

Auftragnehmer:
INSTITUT RAUM & ENERGIE

in Kooperation mit:
SWKH RECHTSANWÄLTE
CONFIDEON UNTERNEHMENSBERATUNG GMBH

Organisation und Durchführung

Raum & Energie,
Institut für Planung, Kommunikation und Prozessmanagement GmbH
AnsprechpartnerIn: Katrin Fahrenkrug, Teike Scheepmaker
Hafenstraße 39; 22880 Wedel/Hamburg
Mail: institut(at)raum-energie.de
Tel.: 04103 - 16041
www.raum-energie.de

in Kooperation mit

confideon Unternehmensberatung GmbH
Ansprechpartner: Oliver Hug, Sven Riedel
Belziger Straße 69/71; 10823 Berlin
Mail: info(at)confideon.de
Tel.: 030 - 794 9099-0
www.confideon.de

SWKH Rechtsanwälte
Ansprechpartner: Rainer Kühne, Jörg Schmidt-Wottrich
Kantstraße 31; 10625 Berlin
Mail: ra(at)swkh.de
Tel.: 030 - 20 45 49 30
www.swkh.de

Der Leitbildprozess wird unterstützt durch das:

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Ansprechpartner: Dr. Oliver Merten
Heinrich - Mann - Allee; 14473 Potsdam
Mail: oliver.merten(at)mugv.brandenburg.de
Tel.: 0331 - 866 7343

Gliederung

1. Programm 4
2. Begrüßung und Einführung 6
3. Der Leitbildprozess – Ausgangsüberlegungen des Gutachterteams 7
4. Vorstellung des Demografie-Gutachtens „Regionale Entwicklungsszenarien für die Siedlungswasserwirtschaft“ 8
5. Ziele und Stellschrauben für eine zukunftsfähige Entwicklung der Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg 9
6. Schlaglichter auf Handlungsfelder zur Gestaltung der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg 10
7. Thementische 11
8. Schlussfolgerungen für den weiteren Leitbildprozess Podiumsdiskussion 13
9. Ausblick auf das weitere Vorgehen 14
Anlage zur Dokumentation 15

Weitere Informationen unter:
www.leitbildsiedlungswasserbb.de

1. Programm

Programm

09.30 **Begrüßung und Einführung**
Almuth Hartwig Tiedt, Staatssekretärin des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

09.50 **Der Leitbildprozess – Ausgangsüberlegungen des Gutachterteams**
Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, Wedel/Hamburg

10.00 **Vorstellung des Demografie-Gutachtens „Regionale Entwicklungsszenarien für die Siedlungswasserwirtschaft“**

- *Prof. Jens Tränckner, Universität Rostock, Rostock*
- *Prof. Heiko Sieker, Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH, Hoppegarten*
- *Dr. Jens Nowak, AKUT Umweltschutz, Berlin*
- *Heribert Rustige, AKUT Umweltschutz, Berlin*

10.50 **Ziele und Stellschrauben für eine zukunftsfähige Entwicklung der Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg** *(Diskussion in Kleingruppen)*

11.30 **Zusammenführung: Was soll / kann der Leitbildprozess leisten?**

12.00 **Mittagspause**

12.45 **Schlaglichter auf Handlungsfelder zur Gestaltung der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg**

Oliver Hug, confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
Rainer Kühne, Rechtsanwälte SWKH, Berlin

13.15 **Thementische -** Konkretisierung der Aufgabenstellungen in ausgewählten Handlungsfeldern:

- Finanzierung und Förderung
- Technische Infrastruktur
- Organisation/Struktur
- Ressourcenmanagement

14.20 **Schlussfolgerungen für den weiteren Leitbildprozess - Podiumsdiskussion**

- Reinhard Beer, Lausitzer Wasser (LWG)
- Ilona Driesner - Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterborg-Fläming
- Anke Freitag - Servicebetrieb Rheinsberg
- Maik Hauptvogel - WAV Elsterwerda
- Jörg Simon - Berliner Wasserbetriebe
- Karsten Zühlke - Energie und Wasser Potsdam GmbH
- Dr. Oliver Merten - Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

15.20 **Ausblick auf das weitere Vorgehen**

Dr. Oliver Merten, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

15.30 **Ende der Auftaktveranstaltung,**

Gesamtmoderation: Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, Wedel

Impressionen vom Auftakt-Workshop in Potsdam

(v.l.n.r. Staatssekretärin Hartwieg-Tiedt, Kleingruppenarbeit, Katrin Fahrenkrug Projektleiterin des Gutachterteams zum Leitbildprozess, Vorstellung Arbeitsgruppenergebnisse, Prof. Dr. Jens Tränckner von der Arbeitsgemeinschaft ZUSIE, Arbeit in Kleingruppen, Ergebnis des Thementisch Ressourcenmanagement, Podiumsdiskussion, Dr. Oliver Merten, Oliver Hug und Rainer Kühne vom Gutachterteam, Dr. Michael Melzer vom Institut Raum & Energie)

2. Begrüßung und Einführung

Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin des Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt begrüßt, in Vertretung für Umweltministerin Anita Tack, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Auftakt-Workshops „Zukunft der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“. Sie führt aus, dass alle grundlegenden infrastrukturellen Bereiche zurzeit vor beträchtlichen Herausforderungen stehen. Dabei bilden die „Infrastrukturen das Fundament unseres täglichen Miteinanders“. Eine zentrale Herausforderung für den Bereich der Wasserinfrastrukturen stellt der demografische Wandel dar. „Wir sind mittendrin im demografischen Wandel“, was u.a. daran deutlich wird, dass die Bevölkerung in Brandenburg „nicht nur älter, sondern auch weniger“ wird, so Staatssekretärin Hartwig-Tiedt. Aktuelle Prognosen sagen eine Bevölkerungsentwicklung von unter zwei Mio. Einwohnern voraus. Hinzukommt, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr unterschiedlich im Land verteilt leben. Um eine sichere, nachhaltige, starke und Gemeinwohl fördernde Infrastruktur zu schaffen, müssen heute richtige Entscheidungen getroffen werden. Mit dem Leitbildprozess „zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ und dem damit verbundenen, einjährigen Dialogverfahren, soll diesen Herausforderungen begegnet werden. Die drängenden Zukunftsfragen sollen so gemeinschaftlich durch das Land, die Aufgabenträger und die Kommunen bearbeitet werden.

Die Staatssekretärin führt fort, dass der Leitbildprozess in einer schwierigen Phase beginnt, in der die Diskussion häufig von der Altanschließerproblematik dominiert wird. Sie weist deshalb darauf hin, dass es sich „hierbei um die Umsetzung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen“ handelt. Die drängenden Zukunftsfragen auf dem Gebiet der Siedlungswasserwirtschaft sind hierbei noch nicht von Bedeutung. Bevor die Staatsekretärin näher auf den Leitbildprozess eingeht, blickt sie kurz auf das bisher Erreichte zurück. Die umfangreichen Investitionen seit dem Jahr 1991 sind deutlich sichtbar. Die Gewässerqualität hat sich augenscheinlich verbessert und die Trinkwasserversorgung ist an 365 Tagen im Jahr über 65 Stunden sichergestellt. Dennoch stellt die Staatssekretärin ein Paradoxon fest, nämlich dass auf der einen Seite, die Leistungen eine hohe Wertschätzung genießen, aber aus einer Selbstverständlichkeit nur unzureichend wahrgenommen und gewürdigt werden. Die Staatssekretärin möchte deshalb im Vorfeld des Leitbildprozesses ihre hohe Wertschätzung für die Arbeit der Gemeinden und kommunalen Aufgabenträger zum Ausdruck bringen.

Für den weiteren Prozess stellt die Staatssekretärin zunächst vier Leitziele für eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft voran, auf dessen Grundlage die drängenden Zukunftsfragen angegangen werden müssen.

1. Nachhaltigkeit als Grundprinzip des Handels
2. Qualität und Sicherheit
3. Zuverlässig und zukunftsfähig
4. Wirtschaftlich und bezahlbar

Sowohl das Land Brandenburg als auch die Kommunen und Aufgabenträger sind gemeinsam dafür verantwortlich, für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu sorgen. Die Staatssekretärin betont jedoch, dass die Kommunen und Aufgabenträger im Mittelpunkt des Gesche-

hens stehen. Die kommunale Selbstverwaltung schließt auch Verantwortung mit ein. Sie begründet ihre Aussage damit, dass es nicht Aufgabe der Landesregierung ist, den Gemeinden vorzugeben, wie diese ihre Aufgaben bewältigen sollen. „Die maßgebenden Instrumente unseres Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind die Förderpolitik sowie – wenngleich in den Schranken des EU- und Bundesrechts – das Landeswasserrecht." Das Leitbild soll Impulsgeber für leistungsstarke und handlungsfähige Aufgabenträger sein und gibt Raum für Diskussion. Abschließend dankt die Staatssekretärin allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und motiviert diese auch weiterhin aktiv am Leitbildprozess teilzunehmen.

Die ausformulierten Leitziele können Sie unter folgendem Link nachlesen: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

3. Der Leitbildprozess – Ausgangsüberlegungen des Gutachterteams

Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, Wedel/Hamburg

Frau Fahrenkrug, Projektleiterin des Dialogverfahrens welches den Leitbildprozess im kommenden Jahr begleitet, begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie stellt einleitend fest, dass die Erarbeitung eines Leitbildes eine komplexe Aufgabenstellung ist. Die Herausforderung liegt vor allem darin, in einem heterogenen Geflecht aus unterschiedlichen Betroffenheiten und kontroversen Interessenlagen zu einem von breiter Akzeptanz getragenen Ergebnis zu kommen.

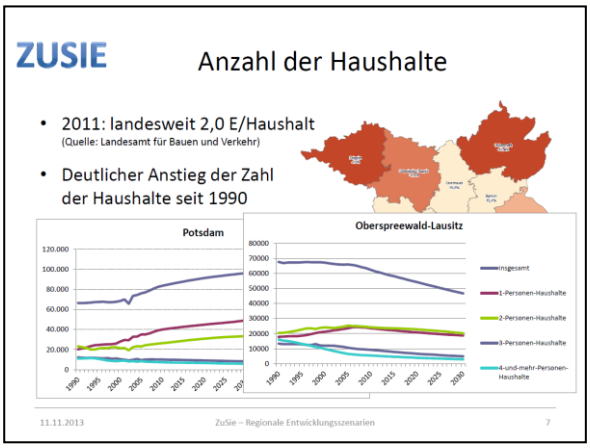
Ziel des Dialogverfahrens ist, alle betroffenen Gemeinden und kommunalen Aufgabenträger in die strategische Entwicklung einzubeziehen. Für den Erfolg eines solchen Verfahrens ist entscheidend, dass dies transparent und offen gestaltet wird und gleichzeitig realitätsnahe Diskussionen ermöglicht. Aus diesem Grund, so Frau Fahrenkrug, sind bisher bewusst keine thematischen Handlungsschwerpunkten und Themenblöcken vorgegeben worden. Im weiteren Verlauf des Dialogverfahrens besteht für alle betroffenen Gemeinden und kommunalen Aufgabenträger die Möglichkeit, sich in verschiedenen Themen- und Regionalforen aktiv in die weitere Leitbildentwicklung einzubringen und bei der konkreten Bearbeitung der verschiedenen Handlungsschwerpunkte und Themenblöcke mitzuarbeiten. Die Konkretisierung bzw. Festlegung von Handlungsschwerpunkten und Themenblöcken sind ein zentrales Ziel des heutigen Auftakt-Workshops. Im Anschluss an den Input der Arbeitsgemeinschaft ZUSIE zu den regionalen Entwicklungsszenarien sowie im weiteren Verlauf des Veranstaltungstages, sind verschiedene Arbeitsgruppen geplant, in denen viel Zeit und Raum für Diskussionen besteht. Die zentralen Leitfragen hierfür lauten:

- Was soll der Leitbildprozess leisten?
- Wen soll der Leitbildprozess erreichen?
- Welche Handlungsfelder sollen vertieft behandelt werden?
- Wie können Sie sich Ihre Mitwirkung vorstellen?

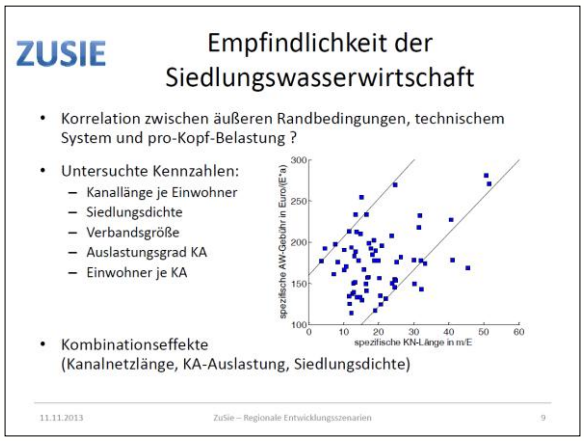
Die Präsentationscharts stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

4. Vorstellung des Demografie-Gutachtens „Regionale Entwicklungsszenarien für die Siedlungswasserwirtschaft“

Prof. Jens Tränckner, Universität Rostock, Rostock
Prof. Heiko Sieker, Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH, Hoppegarten
Dr. Jens Nowak, AKUT Umweltschutz, Berlin
Heribert Rustige, AKUT Umweltschutz, Berlin



Im Vorfeld des Leitbildprozesses hat das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbrauchschutz ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem differenzierte regionale Entwicklungsszenarien erarbeitet wurden. Stellvertretend für das Gutachterteam stellt Herr Rustige kurz die einzelnen Gutachter und deren Handlungsschwerpunkte vor. Im Anschluss geht Herr Prof. Dr. Sieker auf die demografischen Grundlagen ein und betont, dass die Mittelwerte für Brandenburg wenig aussagekräftig sind. Der Grund hierfür liegt in der sehr heterogenen Bevölkerungsverteilung. Er fügt hinzu, dass eine sinkende und ältere Einwohnerstruktur nicht bedeutet, dass “weniger zu tun ist“. Das liegt unter anderem daran, dass seit dem Jahr 1990 die Zahl der Haushalte deutlich angestiegen ist. Wobei auch diese Entwicklung, so Herr Prof. Dr. Sieker, ebenfalls sehr regionalspezifisch ist.



Aufgrund der Immobilität und langen Abschreibungszeiträumen lassen sich die Anlagen kurzfristig kaum an die demografische Entwicklung anpassen. Die hohen Fixkosten in Kombination mit dem Bevölkerungsrückgang führen zu steigenden einwohnerspezifischen Kosten. Herr Prof. Dr. Tränckner führt aus, dass die Analyse der aktuellen einwohnerspezifischen Belastung über die Entgelte eine große Streuung zwischen den Aufgabenträgern aufzeigt.

Im weiteren Verlauf wird deutlich, dass einwohnerspezifische Kosten auf Basis der demografischen Entwicklung zu einer weiteren Spreizung der einwohnerspezifischen Belastung zwischen den Aufgabenträgern führt. Herr Dr. Nowak legt dar, dass die durchschnittliche jährliche Belastung zurzeit zwischen 154 Euro und 412 Euro je Einwohner liegt. In der Studie wird angenommen, dass die Spanne im Jahr 2030 zwischen 100 Euro und über 600 Euro je Einwohner liegen wird. Der Anteil der Aufgabenträger mit einer Belastung von über 400 Euro je Einwohner wird von gegenwärtig 14 % auf über 30 % zunehmen. Bezogen auf das gegenwärtige Durchschnittseinkommen wird damit die Gebührenbelastung in vielen Fällen über 2,5 % liegen.

Die Präsentationscharts stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

Die Kurzfassung des Demografie-Gutachtens erhalten Sie hier…

5. Ziele und Stellschrauben für eine zukunftsfähige Entwicklung der Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg

Im Anschluss an die Vorstellung des Demografie-Gutachtens wird der Auftakt-Workshop in Kleingruppen fortgesetzt. Dazu sollen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in 6-8 köpfigen Gruppen zusammenfinden. In den Kleingruppen stehen zwei Fragen zur Diskussion:

- Vision 2030 – *Wie ist Ihr Bild von einer leistungsfähigen Siedlungswasserwirtschaft 2030?*
- Stellschrauben – *Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?*

Insgesamt wird den zwölf Kleingruppen angeregt diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzen die Chance ihre Kritik zu äußern und ihre Probleme darzulegen. Hinsichtlich der Visionen für die Wasserwirtschaft 2030 geht es vor allem darum, die kommunale Zuständigkeit beizubehalten. Ein Thema das eng damit verknüpft ist, ist die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Insgesamt ist die Frage nach größeren Strukturen und flexibleren Lösungen in vielen Arbeitsgruppen ein wichtiges Thema. Weitere Themen sind die Erhaltung von Qualitätsstandards, eine bessere Förderpolitik und die Gewährleistung von bezahlbaren Preisen sowie die Frage des Images der Wasserwirtschaft bei der Bevölkerung. Außerdem wird deutlich, dass das Thema Siedlungswasserwirtschaft nicht isoliert betrachtet werden darf und der Begriff der Daseinsvorsorge beibehalten werden muss.

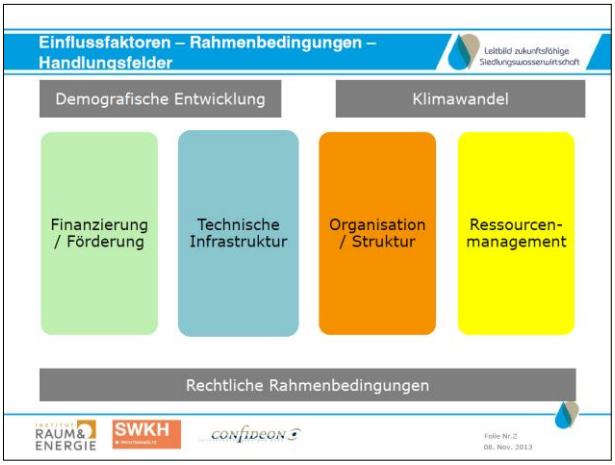
Zentrale Stellschrauben, um die Visionen zu erreichen sind ressortübergreifendes Denken, flexiblere Gestaltung von Standards, die Schaffung von Transparenz sowie die langfristige und integrierte Planung. Darüber hinaus wird das Thema Kommunikation in verschiedenen Zusammenhängen genannt. Äußerst wichtig sind außerdem rechtliche Rahmenbedingungen, welche ggf. geschaffen werden müssen, vor allem aber stabil sein sollen.

Aus dieser Betrachtung heraus werden aber auch vorhandene Widersprüche deutlich. Die Erhaltung von Qualitätsstandards ist nicht zwangsläufig mit der flexibleren Gestaltung dieser konform. Insgesamt ist ebenfalls anzumerken, dass einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer das Gespräch bzw. die Diskussion in Kleingruppen mit Kollegen aus anderen Regionen sehr positiv aufnehmen.

Alle Diskussionsergebnisse sowie deren Zusammenfassungen finden Sie in der Anlage und stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

6. Schlaglichter auf Handlungsfelder zur Gestaltung der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg

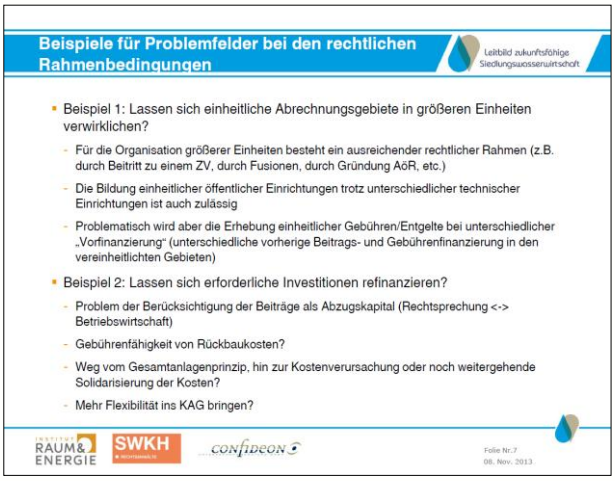
Oliver Hug, confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
Rainer Kühne, Rechtsanwälte SWKH, Berlin



Vorbereitend auf die anschließende Kleingruppenarbeit an verschiedenen Thementischen geben Herr Hug und Herr Kühne einen kurzen Input zu möglichen Handlungsfeldern, die im Rahmen des Leitbildprozesses von Bedeutung sein können. Dabei beschreibt Herr Hug zunächst einige Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen, die während des Leitbildprozesses berücksichtigt werden müssen. Ein wichtiger Einflussfaktor, neben dem demografischen Wandel, ist beispielsweise der Klimawandel. Dieser sorgt z.B. für mehr Starkregenereignisse, wodurch Schmutzwasser und Niederschlagswassersysteme stärker belastet werden (siehe Folie Nr. 4).

Herr Kühne geht folglich näher auf die rechtlichen Rahmenbedingungen ein. Er nennt in diesem Zusammenhang einige kritische Aspekte, wie z.B. die Frage, ob sich einheitliche Abrechnungsgebiete in größeren Einheiten verwirklichen und erforderliche Investitionen refinanzieren lassen oder dem aktuellem Umgang mit der Düngemittelverordnung. Mit Hilfe einiger Beispiele legt Herr Kühne die Komplexität der unterschiedlichen Sachverhalte dar und zeigt verschiedene Interessenkonflikte auf (vgl. Folie 5, 6, 7).

Auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse und Analysen hat das Gutachterteam verschiedene Handlungsfelder formuliert und erste Inhalte vorgeschlagen, welche im weiteren Verlauf im Rahmen von Themen- und Regionalforen bearbeitet werden können:



- Finanzierung und Förderung
- Technische Infrastruktur
- Organisation / Struktur
- Ressourcenmanagement

In diesem Zusammenhang stellt Herr Hug ebenfalls beispielshaft einige kritische Aspekte vor (vgl. Folie 8ff.).

Die Präsentationscharts stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

7. Thementische - Konkretisierung der Aufgabenstellungen in ausgewählten Handlungsfeldern

Ziel der Thementische ist es, die Aufgabenstellung für den Leitbildprozess in ausgewählten Handlungsfeldern weiter zu konkretisieren. Aus der bisherigen Diskussion wird deutlich, dass neben den vorgeschlagenen Handlungsfeldern (siehe Seite 9) das Thema Recht/rechtliche Rahmenbedingungen ein eigenständiges Handlungsfeld darstellt, welches ebenfalls an einem Tisch bearbeitet werden soll. In den Kleingruppen sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Herausforderungen benennen, welche Ihnen Sorge bereiten. Basierend auf den Herausforderungen sollen die Kleingruppen zu ihrem jeweiligen Handlungsfeld Handlungsempfehlungen bestimmen und jeweils angeben, was konkret, durch wen, zu tun ist (Ankreuzoptionen sind Land, Aufgabenträger und Kommune). Zum Abschluss werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Thementische gebeten, die drei wichtigsten Empfehlungen zu kennzeichnen und eine Frage für die nachfolgende Podiumsdiskussion zu formulieren. Die Ergebnisse der Thementische werden nicht im Plenum vorgestellt.

Finanzierung und Förderung

An dem Thementisch Finanzierung und Förderung stellt sich in erster Linie die Frage, wie mit den zu erwartenden oder z.T. bereits vorhandenen Finanzierungslücken umgegangen und wie den eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten begegnet werden soll. Vorschläge die in diesem Zusammenhang genannt werden, sind neue Finanzierungsmodelle (Kommunalobligation, Genossenschaftsmodell), ein Ausgleich der Entgelte im Bereich ländlicher/städtischer Raum sowie ein Rating der Aufgabenträger. Weiteren Handlungsbedarf sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Bereich Förderpolitik, welcher zukünftig besser abgestimmt werden sollte.

Organisation und Struktur

Der Thementisch Organisation/Struktur ist sich darüber einig, dass die Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene zu sichern ist. Gleichzeitig geht es um die Frage was für Strukturen notwendig sind, um auch zukünftig handlungsfähig zu sein. Insgesamt wird vorgeschlagen eine höhere Flexibilität hinsichtlich Struktur und Größe zu schaffen. Hierzu zählen auch die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und die Förderung von Kooperationen. Ein anderer Aspekt, den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Thementisches diskutieren, ist die Übernahme von neuen Aufgaben, z. B. im Bereich dezentrale Anlagen oder Energieproduktion. Zur Organisation gehört außerdem, das Image bzw. das Bild der Wasserwirtschaft beim Kunden zu verbessern.

Technische Infrastruktur

Zentrale Herausforderungen im Handlungsfeld Technische Infrastruktur sind die zusätzliche Gebührenbelastung sowie der steigende Sanierungsbedarf in Netzen und Anlagen. Erste Handlungsansätze sind die technische Optimierung und die Verbesserung der Energiebilanz. Darüber hinaus gibt es an dem Thementisch sehr konkrete Handlungsempfehlungen:

- Vermeidung des Rückbaus vor der Abschreibung
- Nachnutzung nicht betriebsnotwendiger Anlagen
- bessere Ausnutzung der Spielräume in den Regelwerken
- Spartenübergreifende Abstimmung von Maßnahmen
- Mögliche Sonderabschreibungen von unterausgelasteten Anlagen

Ressourcenmanagement

An dem Thementisch Ressourcenmanagement ergibt sich ein sehr breites Themenspektrum. Es geht bspw. um die Erhaltung und den Schutz der Ressource Grundwasser, um das Thema Nährstoffrückgewinnung und Klärschlamm oder das Handlungsfeld der ressourcenschonenden Landnutzung. Darüber hinaus spielen aber auch Fragen des Fachkräftemangels oder der asymmetrische Behandlung von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft eine Rolle. Für einige Themen gibt es bereits erste Handlungsempfehlungen, wobei sich diese stark mit dem Thema Gewässerschutz und ressourcenschonender Landnutzung befassen:

- Senkung der Flächeninanspruchnahme und Versiegelung der Landschaft
- konsequente Umsetzung des ökologischen Waldumbaus
- gewässerschonende Landwirtschaft sowie
- eine frühzeitige Beteiligung der Wasserwirtschaft in der Raumplanung

Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Themenfeld Recht werden ebenfalls verschiedene Bereiche diskutiert. Zum einen geht es um die Frage, wie die Bedingungen für regionale Kooperationen und Fusionen erleichtert werden können. Zum anderen diskutieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Thementisches die Frage der Kostenverteilung sowie die zukünftige Handhabung der Ver- und Entsorgung im ländlichen Raum. Als Handlungsempfehlung schlägt der Thementisch vor, das GKG hinsichtlich größerer Strukturen und Fusionierungen zu prüfen. Außerdem soll das Land das Kostendeckungsprinzip beibehalten. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, die Beitrags- und Gebührenregelung zu flexibilisieren.

Impressionen von den Thementischen sowie alle Diskussionsergebnisse finden Sie in der Anlage und stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download (und zur Ansicht) bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

8. Schlussfolgerungen für den weiteren Leitbildprozess

Podiumsdiskussion

Moderation: Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie

In einer Eingangsfrage bittet Frau Fahrenkrug die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Podiumsdiskussion kurz aus ihrer Sicht zu beschreiben, was sie sich von dem Leitbildprozess erhoffen. Zwei Aspekte, die mehrmals genannt werden, sind die Erhaltung des zurzeit sehr hohen Standards der Wasserwirtschaft sowie die Sensibilisierung aller relevanten Akteure für den bestehenden Handlungsbedarf, auch wenn diese noch nicht überall vorhanden ist. Die Aussage schließt auch die Sensibilisierung der Kommunalpolitik mit ein. Für Herrn Zühlke geht es vor allem im Zusammenhang mit dem hohen Nutzungsdruck darum, den Ressourcenschutz aufrechtzuerhalten. Herr Simon spricht für sich für eine gemeinsame Vision der Länder Berlin und Brandenburg im Hinblick auf die Siedlungswasserwirtschaft aus.

(v.l.n.r. Karsten Zühlke, Energie und Wasser Potsdam GmbH; Maik Hauptvogel, WAV Elsterwerda; Jörg Simon, Berliner Wasserbetriebe; Dr. Oliver Merten, MUGV; Ilona Driesner, Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming; Reinhard Beer, Lausitzer Wasser; Anke Freitag, Servicebetrieb Rheinsberg; Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie.)

In der weiteren Diskussion wird deutlich, dass es wichtig ist, den ländlichen Raum zu stärken. Dies bedarf allerdings entsprechender rechtl. Rahmenbedingungen, z.B. wenn es darum geht, Aufgabenträger zusammenzulegen oder in größeren Strukturen zusammenzufassen. Eine ähnliche Frage stellt sich beispielsweise bei der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg, Herr Simon betont, dass die Zusammenarbeit in bestimmten Dienstleistungsbereichen einfacher ist, als bei den kommunalen Strukturen.

Die Podiumsteilnehmerinnen und –teilnehmer sind sich einig, dass es darum geht, die Kommunalpolitik stärker in den Leitbildprozess einzubinden. Außerdem sind, wie der Teilnehmerkreis des Auftakt-Workshops zeigt, bisher zu wenig „kleine“ Aufgabenträger an dem Leitbildprozess beteiligt. Auf die Frage von Frau Fahrenkrug, inwiefern ein Bottum-Up Prozess ausreicht oder ob es mehr „Top-Down“ braucht, antwortet Herr Hauptvogel, dass der Prozess teilweise „angeschubst“ werden muss und die Förderpolitik des Landes hier ebenfalls gefordert ist.

In der weiteren Diskussion geht es um die Fragen, ob die heutige technische Infrastruktur im Jahr 2030 noch befriedigend ist und wie ein überregionaler Ausgleich von Wasserverfügbarkeiten/-reserven aussehen kann. Die erste Frage ist nicht pauschal zu beantworten, stattdessen ist hier eine Einzelfallbetrachtung notwendig. Herr Beer ergänzt, dass der ländliche Raum, aufgrund von Schrumpfungsprozessen, zukünftig noch stärker auf dezentrale Lösungen angewiesen ist. Deshalb ist es wichtig, ehrlich zu sein und „über alles nachzudenken“. Der überregionale Ausgleich von Wasserreserven ist eine komplexe organisatorische Aufgabe, grundsätzlich aber möglich, wenn der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden ist.

Diese Antwort gilt letztlich auch für die nächste Frage, die der Thementisch rechtliche Rahmenbedingungen formuliert hat. Wie können Fusionen vereinfacht werden? Und wie schafft man es dauerhaft kostendeckend zu arbeiten?

Die letzte Frage beschäftigt sich mit der Aufgabe der Regenwasserentsorgung, die möglicherweise an die Aufgabenträger weitergegeben werden kann? Hier gibt es kein einheitliches Bild, da diese Aufgabe in einigen Regionen, wie Potsdam oder Elsterwerda zum Tagesgeschäft gehört. Andere sehen darin allerdings ein schwieriges Unterfangen bzw. eine wenig attraktive Aufgabe, welche mit erheblichen Kosten verbunden ist, die entsprechend aufgefangen werden müssen. Bevor sich Frau Fahrenkrug bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Podiumsdiskussion bedankt, gibt ein Teilnehmer aus Plenum zu bedenken, dass im weiteren Prozessverlauf eine Differenzierung zwischen Gemischtwasser und Niederschlagswasser sinnvoll erscheint.

9. Ausblick auf das weitere Vorgehen

Dr. Oliver Merten, Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Zum Abschluss des Auftakt-Workshops gibt Herr Dr. Merten einen kurzen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Dabei lobt er zunächst das große Engagement der brandenburgischen Siedlungswasserwirtschaft, was z. B. daran deutlich wird, dass ein Großteil der Zweckverbände sowohl in den Verbänden aktiv ist oder auch beim Kennzahlenvergleich mitgewirkt haben. Ein ähnliches Resümee zieht Herr Dr. Merten in Bezug auf die Teilnahme der Aufgabenträger am Auftakt-Workshop, auch wenn hier noch Luft nach oben besteht. Herr Dr. Merten ermutigt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offensiv für den Leitbildprozess zu werben und die Chancen für alle Beteiligten hervorzuheben, um z.B. auch kleinere Verbände für den Leitbildprozess zu gewinnen.

Abschließend weist er darauf hin, dass das Dialogverfahren durch einen Beirat begleitet wird. In diesem Zusammenhang möchte er sich bei den Beiratsmitgliedern bedanken. Schließlich bedankt sich Herr Dr. Merten bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und wünscht ihnen eine gute Heimfahrt.

Die Präsentationscharts stehen unter dem nachfolgenden Link zum Download bereit: www.leitbildsiedlungswasserbb.de

Wedel/Hamburg 25.11.2013

Protokoll Institut Raum & Energie
Katrin Fahrenkrug, M. A.
Dr. Michael Melzer, MinR a.D.
Teike Scheepmaker, M. Sc.

Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft

Anlage zur Dokumentation

Anlage 1 Fotodokumentation

- Impressionen und Ergebnisse zu den Visionen und Stellschrauben
- Impressionen und Ergebnisse zu den Thementischen

Anlage 2 Teilnehmerliste

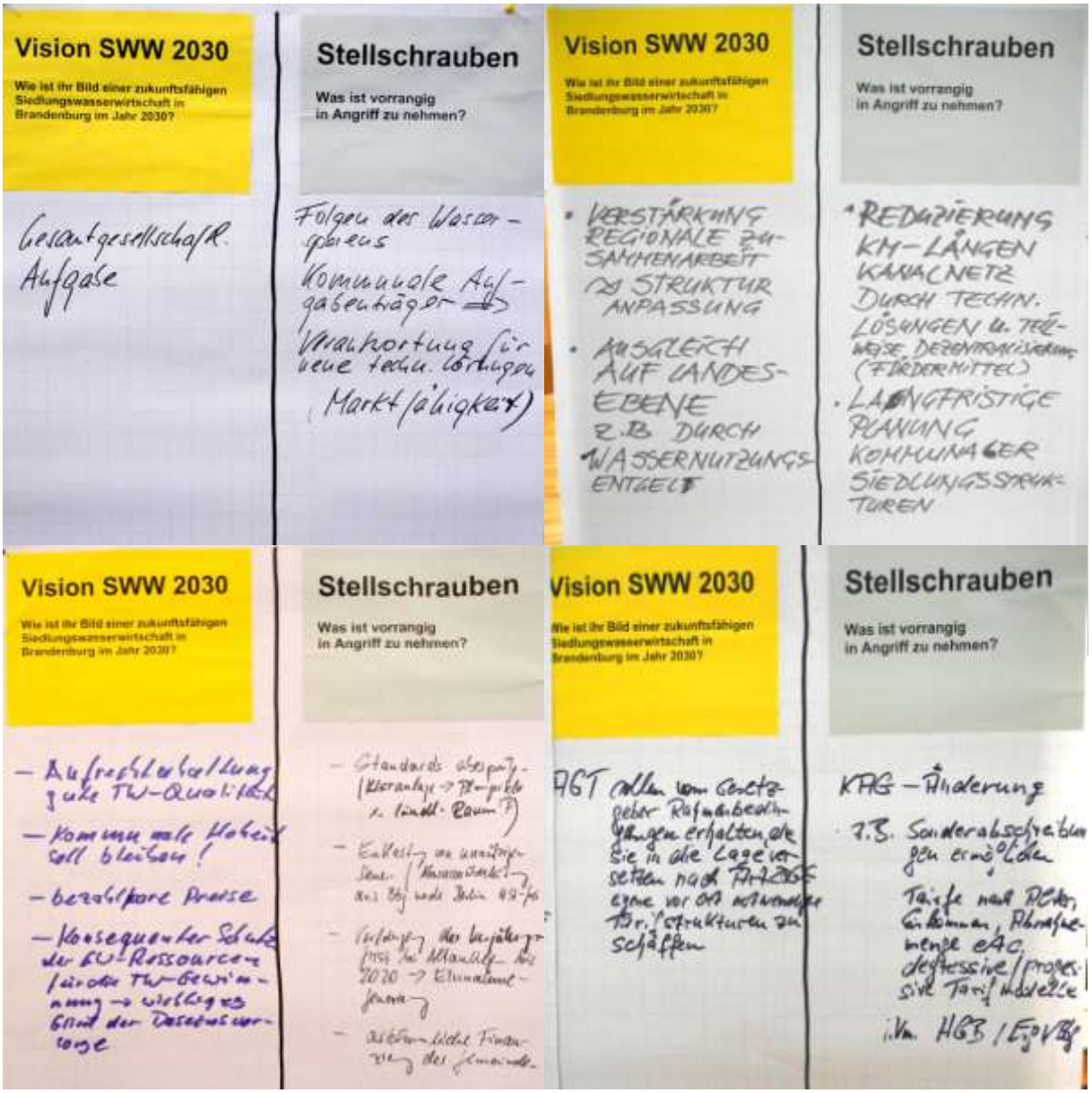
Auftraggeber:
Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
LAND BRANDENBURG

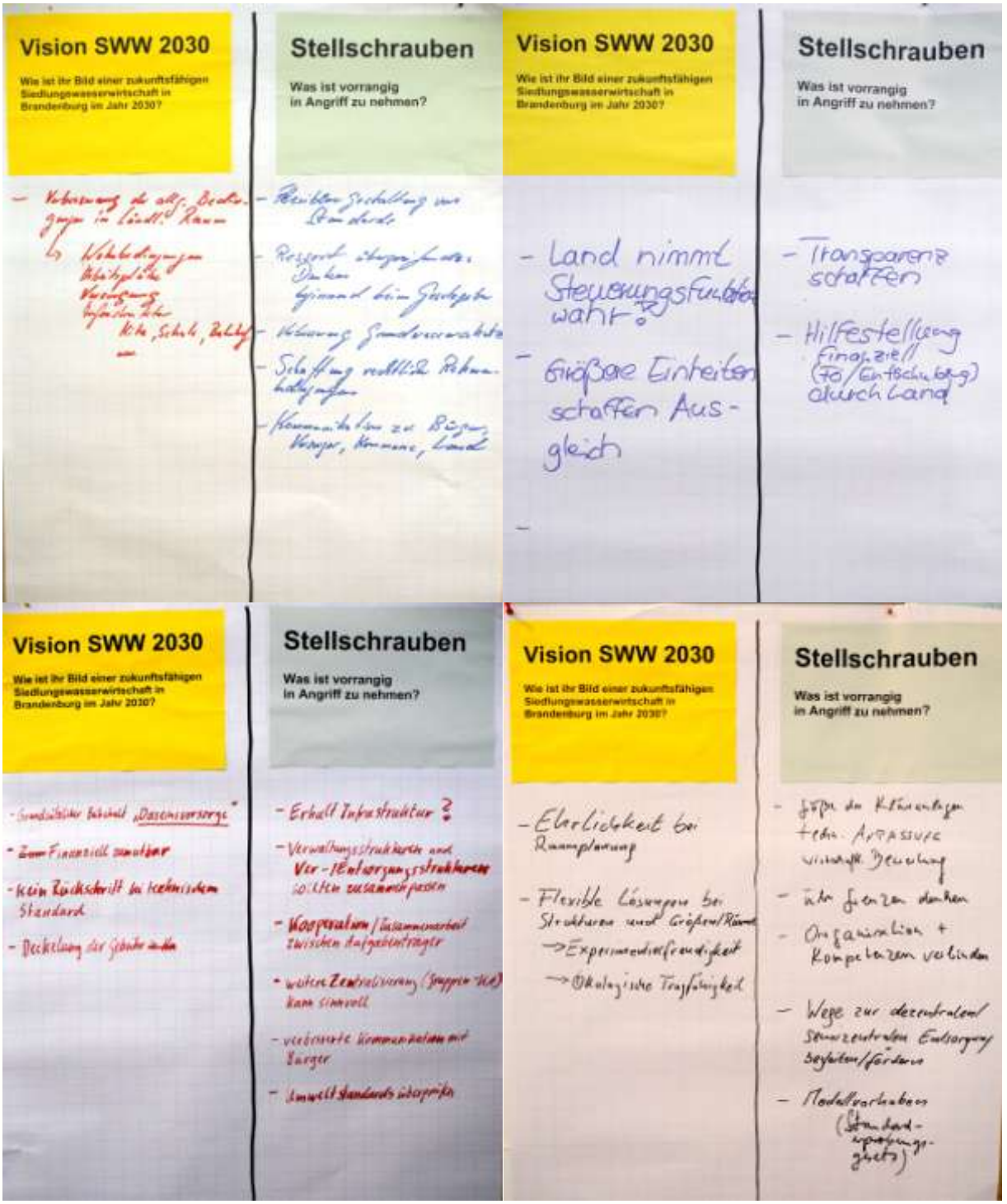
Auftragnehmer:
INSTITUT RAUM & ENERGIE

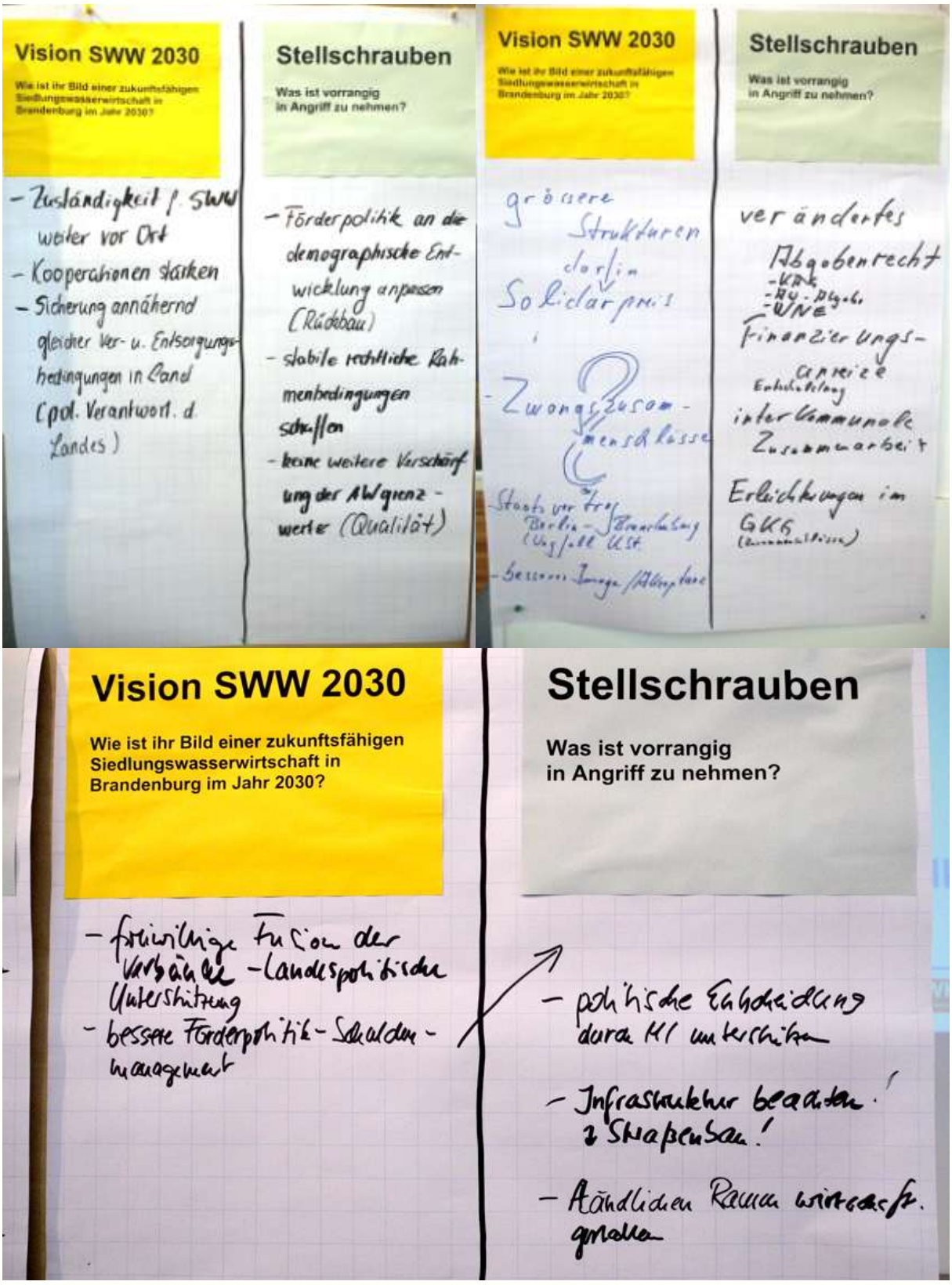
in Kooperation mit:
SWKH RECHTSANWÄLTE
CONFIDEON UNTERNEHMENSBERATUNG GMBH

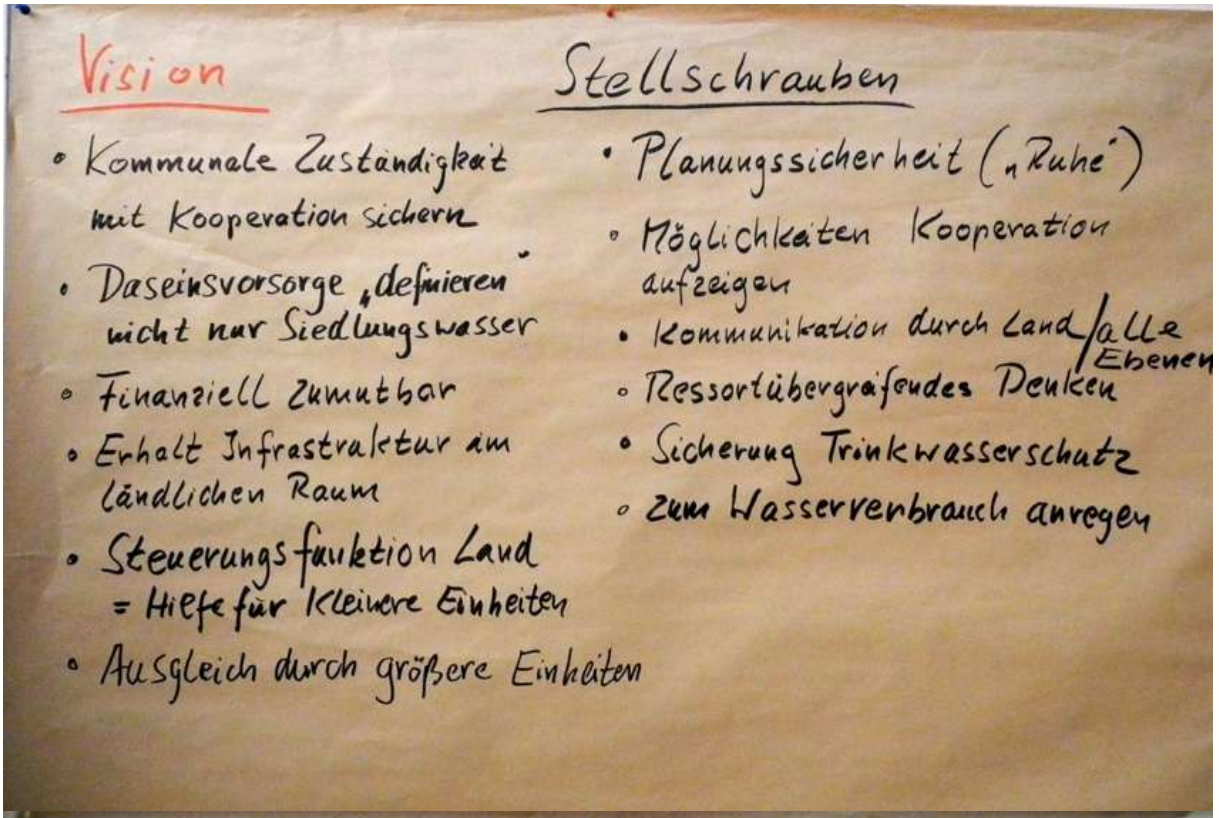
Anlage 1 Fotodokumentation

Impressionen und Ergebnisse zu den Visionen und Stellschrauben


Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
Gesamtgesellschaftl. Aufgabe
Folgen des Wasserpreises
Kommunale Aufgabenträger
Verknüpfung für neue techn. Lösungen
(Marktfähigkeit)
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
• VERSTÄRKUNG REGIONALE ZUSAMMENARBEIT /// STRUKTUR ANPASSUNG
• AUSGLEICH AUF LANDESEBENE Z.B. DURCH WASSERNUTZUNGSENTGELT
• REDUZIERUNG KM-LÄNGEN KANALNETZ DURCH TECHN. LÖSUNGEN u. TEILWEISE DEZENTRALISIERUNG (FÖRDERMITTEL)
• LANGFRISTIGE PLANUNG KOMMUNALER SIEDLUNGSSTRUKTUREN
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
– Aufrechterhaltung hohe TW-Qualität
– Kommunale Hoheit soll bleiben!
– bezahlbare Preise
– konsequenter Schutz der EU-Ressourcen (insbes. TW-Gewinnung → wichtiges Gut der Daseinsvorsorge
– Standards absenken (Kläranlage → Pflanzbeete z. ländl. Raum?)
– Einbeziehung der unmittelbar Betroffenen (Kommunalpolitik, BV) wenn Bürger 49-jährig
– Aufhebung des bezahlbaren Preis bis Altersklasse bis 2020 → Einnahmeausfall
– Attraktive Finanzierung der Gemeinde
AGT sollen vom Gesetzgeber Rahmenbedingungen erhalten, die sie in die Lage versetzen nach Art 2006 eigene vor Ort notwendige Tarifstrukturen zu schaffen
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
KAG – Änderung
z.B. Sonderabschreibungen ermöglichen
Tarife nach Profit, Einkommen, Planfestsetzungen etc.
degressive/progressive Tarifmodelle
i.Vm. HGB / EigVBG


Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
- Land nimmt Steuerungsfunktion wahr
- Größere Einheiten schaffen Ausgleich
- Transparenz schaffen
- Hilfestellung finanziell (Fö/Entschuldung) durch Land
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
- Erhalt Infrastruktur ?
- Elastizität bei Raumplanung
- Flexible Lösungen bei Strukturen und Größen/Räume
→ Experimentierfreudigkeit
→ Ökologische Tragfähigkeit


Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
- Zuständigkeit f. SWW weiter vor Ort
- Kooperationen stärken
- Sicherung annähernd gleicher Ver- u. Entsorgungsbedingungen in Land (pol. Verantwort. d. Landes)
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
- Förderpolitik an die demographische Entwicklung anpassen (Rückbau)
- stabile rechtliche Rahmenbedingungen schaffen
- keine weitere Verschärfung der AW grenzwerte (Qualität)
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
größere Strukturen darfin Solidarpreis
- Zwangszusammenschlüsse
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
verändertes Abgabenrecht
Finanzierungsanreize
interkommunale Zusammenarbeit
Erleichterungen im GKG
Vision SWW 2030
Wie ist ihr Bild einer zukunftsfähigen Siedlungswasserwirtschaft in Brandenburg im Jahr 2030?
- freiwillige Fusion der Verbände - Landespolitische Unterstützung
- bessere Förderpolitik - Schuldenmanagement
Stellschrauben
Was ist vorrangig in Angriff zu nehmen?
- politische Entscheidung durch MI unterstützen
- Infrastruktur beachten! z. Straßenbau!
- Ländlichen Raum wirtschaftl. gestalten

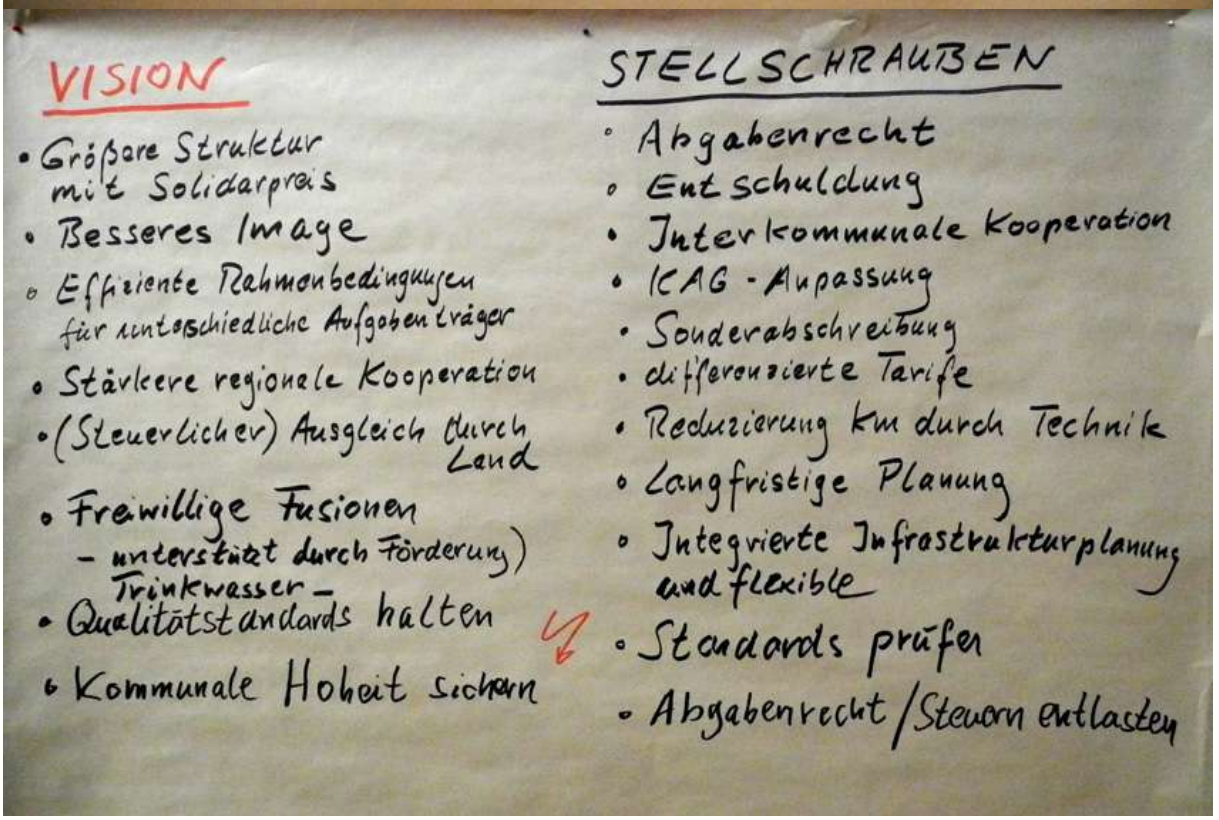


Vision

- Kommunale Zuständigkeit mit Kooperation sichern
- Daseinsvorsorge „definieren" nicht nur Siedlungswasser
- Finanziell zumutbar
- Erhalt Infrastruktur am ländlichen Raum
- Steuerungsfunktion Land = Hilfe für kleinere Einheiten
- Ausgleich durch größere Einheiten

Stellschrauben

- Planungssicherheit („Ruhe")
- Möglichkeiten Kooperation aufzeigen
- Kommunikation durch Land / alle Ebenen
- Ressortübergreifendes Denken
- Sicherung Trinkwasserschutz
- zum Wasserverbrauch anregen



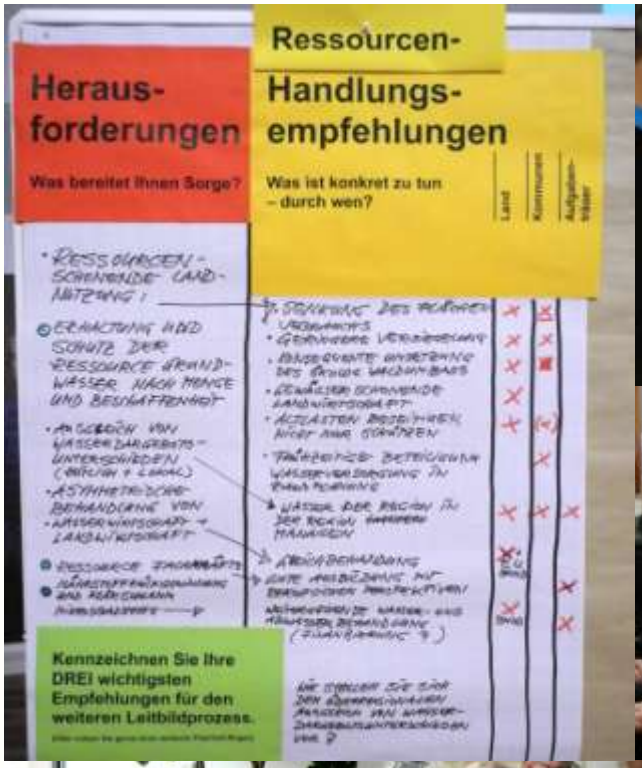
VISION

- Größere Struktur mit Solidarpreis
- Besseres Image
- Effiziente Rahmenbedingungen für unterschiedliche Aufgabenträger
- Stärkere regionale Kooperation
- (Steuerlicher) Ausgleich durch Land
- Freiwillige Fusionen (- unterstützt durch Förderung)
- Trinkwasser – Qualitätstandards halten
- Kommunale Hoheit sichern

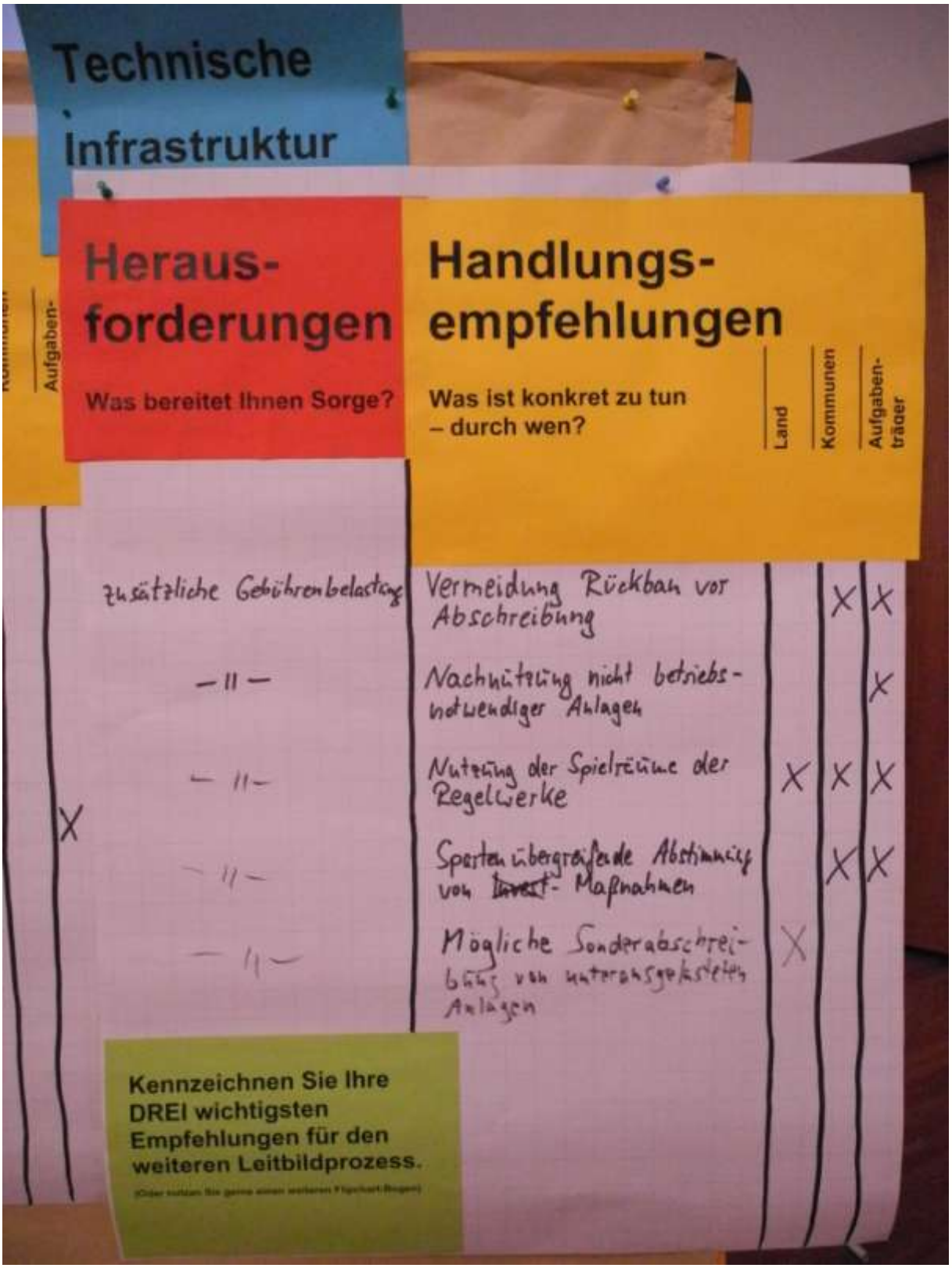
STELLSCHRAUBEN

- Abgabenrecht
- Entschuldung
- Interkommunale Kooperation
- ICAG - Anpassung
- Sonderabschreibung
- differenzierte Tarife
- Reduzierung km durch Technik
- Langfristige Planung
- Integrierte Infrastrukturplanung und flexible
- Standards prüfen
- Abgabenrecht / Steuern entlasten

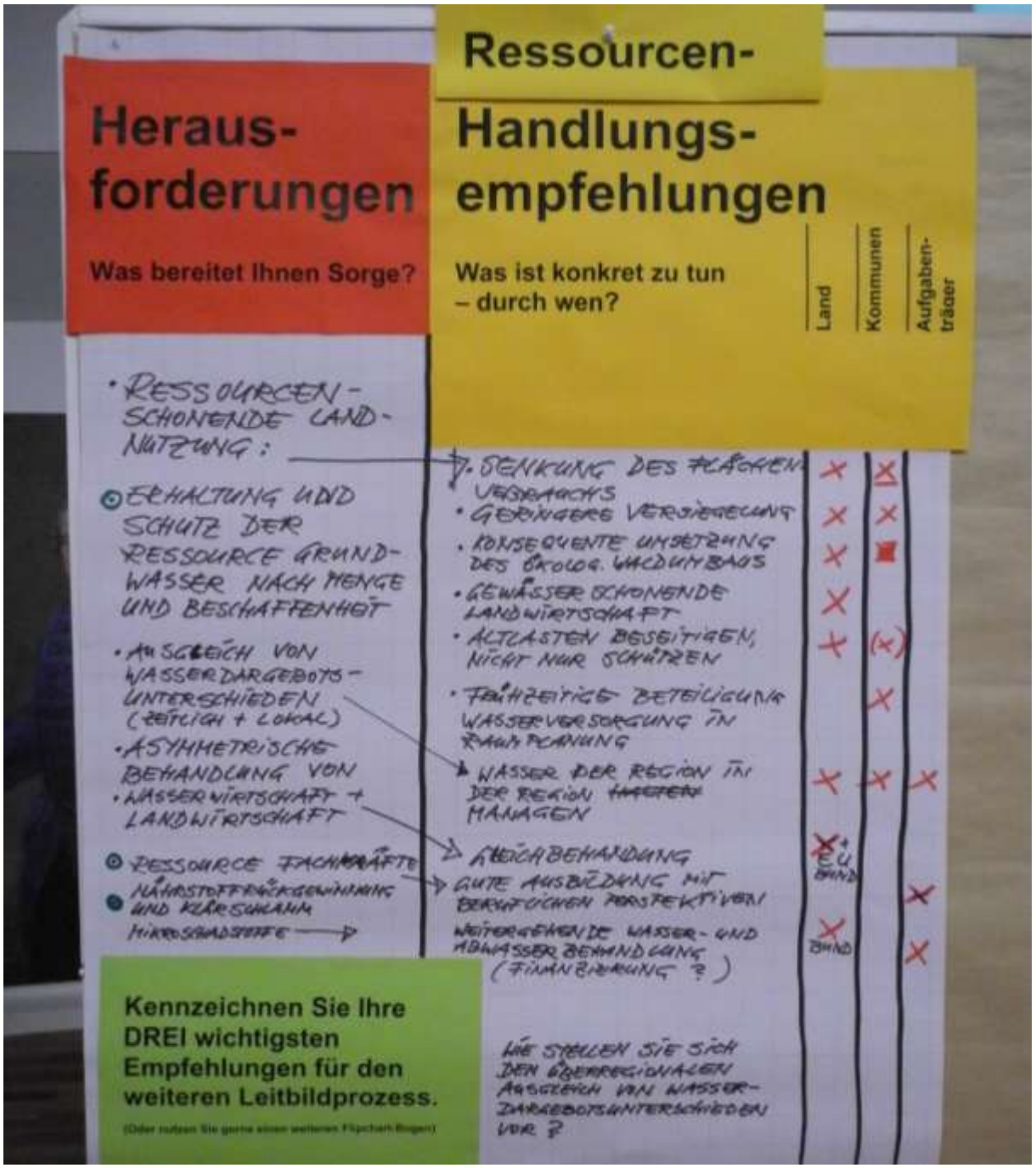
Impressionen und Ergebnisse zu den Thementischen



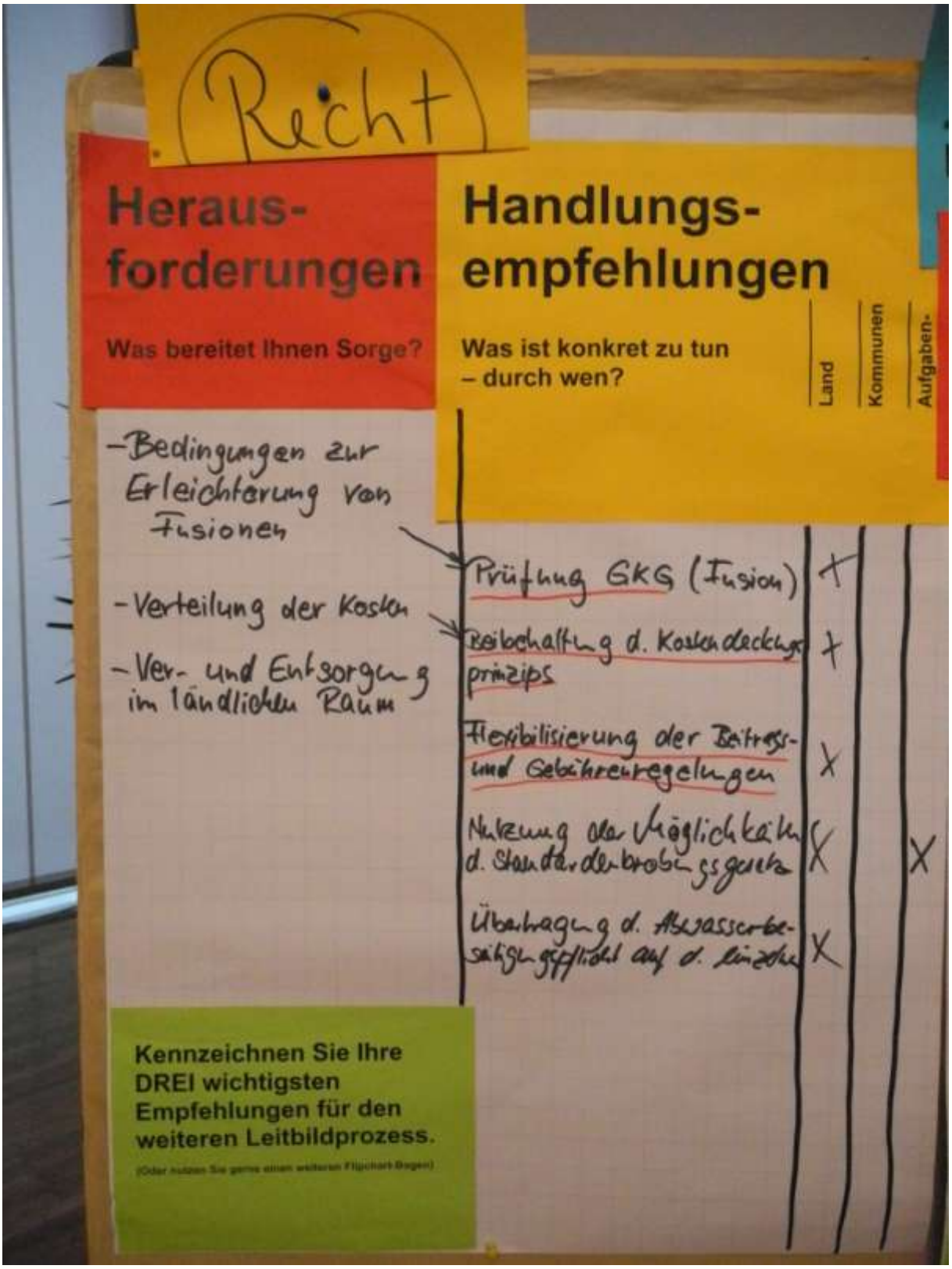
Thementisch Technische Infrastruktur



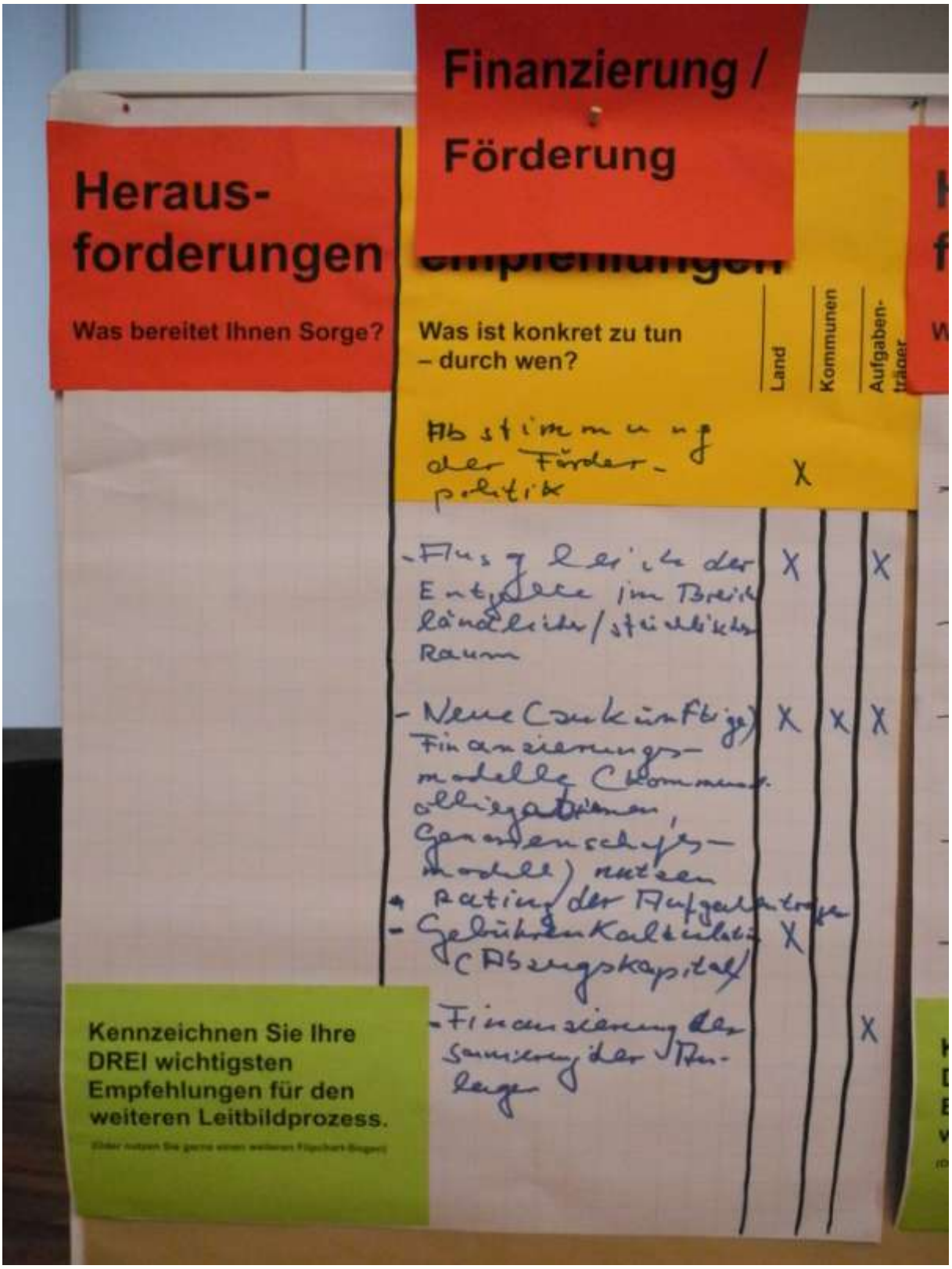
Thementisch Ressourcenmanagement



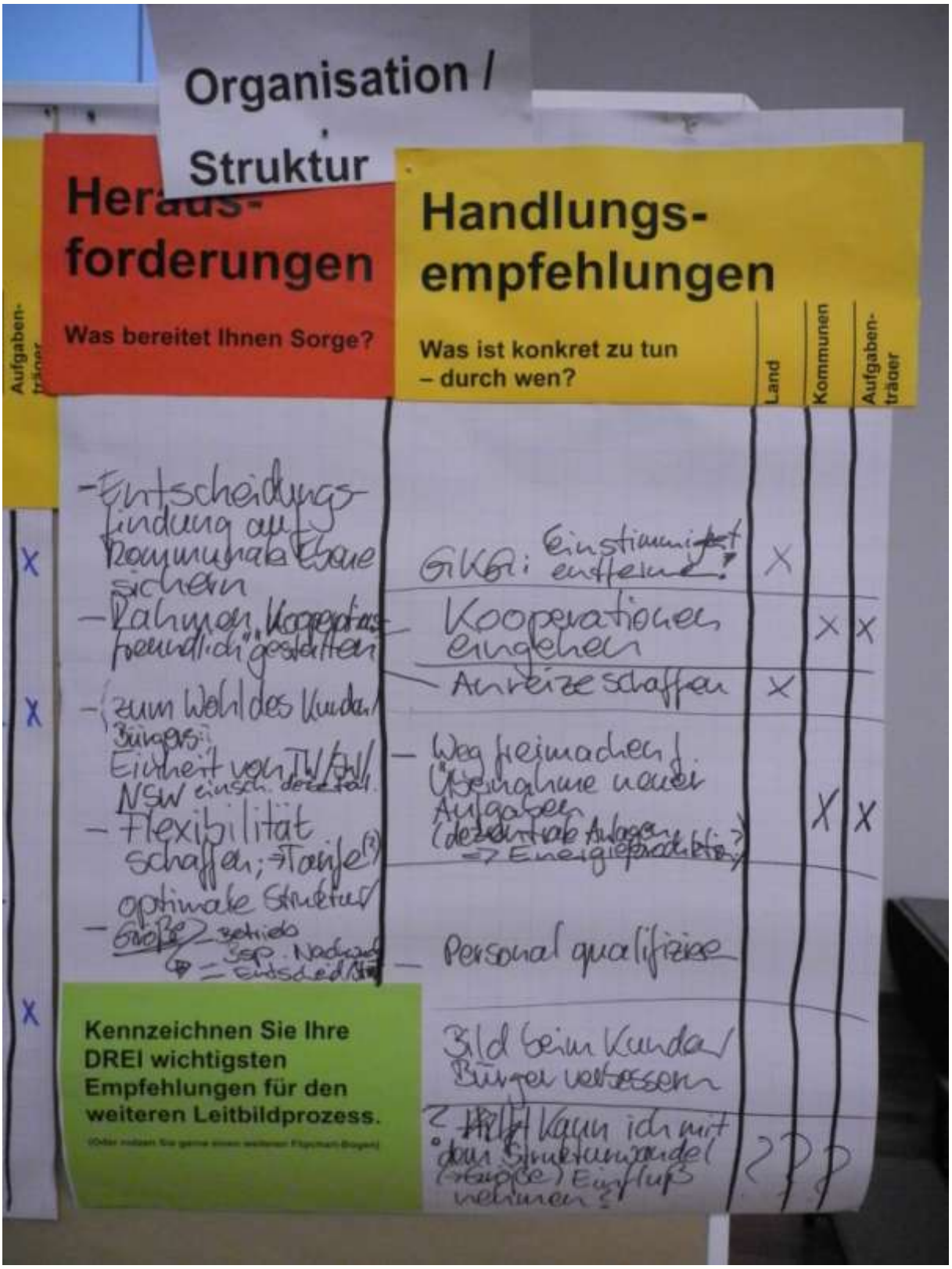
Thementisch Recht



Thementisch Finanzierung und Förderung



Thementisch Organisation/Struktur



Anlage 2 Teilnehmerliste

Auftakt-**Workshop „Zukunft der Siedlungswasserwirtschaft Brandenburg“,**
Freitag, 8. November 2013 von 9:30 bis 15:30 Uhr in der IHK Potsdam

	Name	Institution
1	Inge Albrecht	SV Kyritz
2	Kurt Augustin	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Brandenburg
3	Klaus-Dieter Becker	PVU Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen GmbH
4	Reinhard Beer	LWG Lausitzer Wasser GmbH & Co. KG
5	Michael Behringer	Stadtwerke Bad Belzig GmbH
6	Thomas Bergner	Stadtverwaltung Cottbus
7	Herr Bormann	Zweckverband Wasser/Abwasser Fehrbellin-Temnitz
8	Hanna Brendel	Stadt Mühlberg/Elbe
9	Dr. Karl-Heinz Brügmann	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitz"
10	Ingmar Butschke	Wasserverband Märkische Schweiz
11	Ute Büttner	Gemeinde Letschin
12	Herr Carls	Stadtwerke Oranienburg
13	Ilona Driesner	Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming
14	Ronald Eckert	Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)
15	Katrin Fahrenkrug	Institut Raum & Energie GmbH, Wedel/Hamburg
16	Herr Feige	GWAZ - Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband
17	Herr Fredrich	OWA GmbH Falkensee
18	Anke Freitag	Servicebetrieb Rheinsberg
19	Klaus Füchtjohann	Ministerium des Innern Brandenburg
20	Bärbel Gärtner	Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland
21	Dirk Gebhard	Landkreis Elbe Elster
22	Wilfried Gehrke	Gemeinde Ahrensfelde
23	Eveline Geisler	Stadtwerke Wittenberge GmbH

24	Mathias Gießler	Universität Rostock
25	Frau Görsdorf	Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland
26	Manfred Gorecki	Amt Beetzsee
27	Detlef Gottwald	Westprignitzer Trinkwasser- und Abwasserzweckverband
28	Peter Gronemeier	Wasserversorgungsverband "Hoher Fläming"
29		Wasserversorgungsverband "Hoher Fläming"
30	Franz-Christoph Grund	Stadtverwaltung Bad Belzig
31	Herr Guhrens	Wasser- und Abwasserzweckverband Dürrenhofe-Krugau
32	Henner Haferkorn	Wasserverband Strausburg-Erkner
33	Almuth Hartig-Tiedt	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Staatssektretärin
34	Maik Hauptvogel	Wasser- und Abwassergesellschaft Elsterwerda mbH
35	Simone Hein	Amt Beetzsee
36	Matthias Hein	Wasser- und Abwasserzweckverband Blankenfelde-Mahlow
37	Toralf Heinrich	WAZV Rathenow
38	Herr Hermeling	Wasserversorgungsverband "Hoher Fläming"
39	Heike Herrmann	Trinkwasser- und Abwasserzweckverband Oderaue
40	Elke Hilpert	Zweckverband "Fließtal"
41	Herr Höhne	Wasserversorgungsverband "Hoher Fläming"
42	Dietmar Horke	Stadt Drebkau
43	Oliver Hug	confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
44	Harald Jahnke	Stadtwerke Prenzlau GmbH
45	Helmut Jilg	Abwasserzweckverband Kremmen
46	Joachim Jost	Berliner Wasserbetriebe
47	Bengt Kanzler	Stadt Vetschau/Spreewald
48	Mario Kestin	Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband
49	Susann Kirst	Stadt Bad Liebenwerda
50	Barbara Klembt	Gemeinde Wiesenburg/Mark
51	Paul Kober	TU Berlin
52	Herr Köhler	ZV Fließtal Birkenwerder

53	Torsten Könnemann	MWA GmbH
54	Raimund Kramer	Stadt Zossen, stellv. Bürgermeister u. Leiter des Rechts- und Personalamtes
55	Petra Kretschmann	Präsidiumsmitglied IHK Potsdam, Haus & Grundeigentümerverein Luckenwalde und Umgebung
56	Armgard Kruppa	confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
57	Rainer Kühne	SWKH Rechtsanwälte, Berlin
58	Sebastian Kunze	Städte- und Gemeindebund Brandenburg
59	Gabriele Laue	HWAZ
60	Marc Lechleitner	Ministerium des Innern Brandenburg
61	Jens Libbe	Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (difu), Berlin
62	Kerstin Liesk	Trink- und Abwasserverband Hammerstrom/Malxe-Peitz
63	Yvonne Lindemann	Stadt Prenzlau, Hoch- und Tiefbauamt
64	Holger Lossin	PVU Prignitzer Energie- und Wasserversorgungsunternehmen GmbH
65	Katharina Magoltz	Stadtverwaltung Cottbus, SB Wasser/Abwasser
66	Stefanie Maylahn	ZWA Eberswalde
67	Dr. Michael Melzer	Institut Raum & Energie GmbH, Wedel/Hamburg
68	Dr. Oliver Merten	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg
69	Sabine Michaels	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
70	Frau Milke	Nuthe Wasser und Abwasser GmbH, Luckenwalde
71	Dr. Bernhard Michel	Cooperative Infrastruktur und Umwelt, Reinheim
72	Dr. Timothy Moss	IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung u. Strukturplanung Wissenschaftliches Forschungsinstitut
73	Dr. Lutz Müller	Investitionsbank des Landes Brandenburg
74	Werner Müller	Stadtwerke Werneuchen GmbH
75	Werner Müller	WWN Wasserwirtschaftsgesellschaft Nieplitztal mbH
76	Ralf Napiwotzki	Wasserver-und Abwasserentsorgungs-Zweckverband, Region Ludwigsfelde - WARL
77	Wolfram Nelk	GWAZ - Gubener Wasser- und Abwasserzweckverband
78	Heike Nicolaus	Zweckverband KMS Zossen
79	Herr Niesche	Wasserversorgungsverband "Hoher Fläming"

80	Dr. Jens Nowak	AKUT Umweltschutz Ingenieure Burkard und Partner, Berlin
81	Turgut Pencereci	Landeswasserverbandstag Brandenburg e.V.
82	Markus Pielorz	confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
83	Heinrich Plückelmann	Ministerium des Innern Brandenburg
84	Sven Riedel	confideon Unternehmensberatung GmbH, Berlin
85	Heidrun Rinne	Eigenbetrieb Kommunalservice Panketal
86	Otto Ripplinger	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
87	Nicole Ristow	Stadt Brandenburg a. d. H. FG Wasser
88	Heribert Rustige	AKUT Umweltschutz Ingenieure Burkard und Partner, Berlin
89	Teike Scheepmaker	Institut Raum & Energie GmbH, Wedel/Hamburg
90	Gisela Scheibe	ZVWA Fürstenwalde
91	Harm Schenk	BRAWAG GmbH, Brandenburg a.d.H.
92	Herr Schenker	Haus + Grund Eigentümer Verein
93	Alex Schmeichel	Wasser Zeitung/Spree PR
94	Grit Schmidt	Wasser- und Abwasserzweckverband „Scharmützelsee-Storkow/Mark“
95	Jörg Schmidt-Wottrich	SWKH Rechtsanwälte, Berlin
96	Angela Schnabel	Gemeinde Hoppegarten
97	Jutta Schnabel	Stadtverwaltung Cottbus, SB Wasser/Abwasser
98	Angela Schneider	Gemeinde Nuthetal
99	Gerhard Schulze	Wasser- und Abwasserzweckverband Seelow
100	Johannes Schwanz	Trink- und Abwasserverband Oderbruch-Barnim
101	Dietmar Seidel	Wasser- und Abwasserverband Westniederlausitz
102	Thomas Seelbinder	Wasser- und Abwasserverband „Havelland“, Nauen
103	Prof. Dr. Heiko Sieker	Ingenieurgesellschaft Prof. Sieker mbH, Hoppegarten
104	Jörg Simon	Vorstandsvorsitzender der Berliner Wasserbetriebe
105	Prof. Dr. Manfred Stock	Potsdam-Institut (PIK)
106	Joachim Stoltz	Wasser- und Abwasserverband "Dosse"
107	Anja Stottmeister	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg
108	Werner Suchner	Bürgermeister der Stadt Calau

109	Manfred Telm	Gemeinde Löwenberger Land
110	Michael Thomas	Wasser- und Abwasserzweckverband Calau
111	Prof. Dr. Jens Tränckner	Universität Rostock
112	Gerd Uhl	Wasser- und Abwasserzweckverband "Nieplitztal"
113	Daniel Venghaus	TU Berlin
114	Hans-Joachim Wagner	Wasser Nord GmbH & Co. KG
115	Gerd Weber	FWA mbH, Frankfurt (Oder)
116	Klaus Wecke	Wasser- und Abwasserzweckverband Calau
117	Elke Wegener	Institut Raum & Energie GmbH, Wedel/Hamburg
118	Rainer Werber	DNWAB, Königs Wusterhausen
119	Jarno Wittig	VKU - Verband Kommunaler Unternehmen
120	Ralf Wittmann	BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
121	Detlev Wurzler	Wasserverband Lausitz
122	Joachim Zindler	Stadtwerke Neuruppin
123	Karsten Zühlke	Energie und Wasser Potsdam GmbH

(Stand 11.11.2013; einschließlich der Nachmeldungen am Veranstaltungstag)